

P r o t o k o l l

**zur 1. Tagung des Rechnungsprüfungsausschusses des
Stadtrates Schmölln
am 20. Juni 2017**

Zeit : Dienstag, am 20. Juni 2017,

Öffentlicher Teil: 08:00 Uhr – 9:25 Uhr
Nicht öffentlicher Teil: 09:25 Uhr – 9:28 Uhr

Ort : Rathaus der Stadt Schmölln, Markt 1, Schrankzimmer

Anwesende

Ausschussmitglieder: Frau Simone Schulze - Vorsitzende des
Rechnungsprüfungsausschusses
Frau Ute Lukasch - Stellvert. Vors.
Rechnungsprüfungsausschusses
Herr Sven Schrade - Bürgermeister

Der Rechnungsprüfungsausschuss
besteht aus: 3 stimmberechtigten Mitgliedern,
anwesend sind: 3 stimmberechtigten Mitglieder

Gäste: Frau Biereigel - Amtsleiterin Kämmerei
Frau Landgraf
Herr Köhler

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Tagung durch die Vorsitzende des Ausschusses und Feststellung der form- und fristgerechten Sitzungsladung und Beschlussfähigkeit
2. Zustimmung zur Tagesordnung (öffentlicher Teil)
3. Genehmigung der Niederschrift zur 2. Tagung des Rechnungsprüfungsausschusses am 27. September 2016 (öffentlicher Teil)
4. Genehmigung der Niederschrift zur 2. gemeinsamen Tagung des Haupt-, Technischen-, Sozial- und Rechnungsprüfungsausschusses am 10. November 2016 (öffentlicher Teil)
5. Informationen zum Jahresabschluss 2016
6. Fragen der Bürger (neu)
7. Sonstiges

Verlauf der Tagung:

zu 1.

Eröffnung der Tagung durch die Vorsitzende des Ausschusses und Feststellung der form- und fristgerechten Sitzungsladung und Beschlussfähigkeit

Die Tagung wird von der Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Frau Schulze, geleitet. Frau Schulze eröffnet um 08:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Sitzungsladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 3 stimmberechtigten Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses fest.

- Gegen diese Feststellung werden keine Einwände erhoben.

zu 2.

Zustimmung zur Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Frau Schulze beantragt die Änderung der Tagesordnung.

Der Punkt 6. Fragen der Bürger solle neu aufgenommen und alle folgenden Punkte nach hinten verschoben werden.

Die geänderte Tagesordnung des öffentlichen Teils zur heutigen Sitzung wird von Frau Schulze zur Abstimmung gestellt.

- Der Rechnungsprüfungsausschuss genehmigt den öffentlichen Teil der Tagesordnung.

Abstimmung: 3 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Stimmenthaltung
(3 anwesende Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses)

zu 3.

Genehmigung der Niederschrift zur 2. Tagung des Rechnungsprüfungsausschusses am 27. September 2016 (öffentliche Tagung)

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den öffentlichen Teil der Niederschrift zu o.g. Tagung erhalten.

Frau Lukasch beantragt die Änderung der Niederschrift vom 27.09.2016 in Pkt. 4.

Es fehlte folgende Aussage:

„Frau Lukasch bittet die Kämmerei um die gesetzlichen Grundlagen zur Prüfung der Dienstaufwandsentschädigungen mit beispielhafte Aufführungen.“

Frau Biereigel bietet an, die gesetzlichen Grundlagen für die Dienstaufwandsentschädigungen bis zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zusammenzustellen und dem Rechnungsprüfungsausschuss zu übergeben.

- Der Rechnungsprüfungsausschuss genehmigt den öffentlichen Teil der Niederschrift mit Änderung des Pkt.4.

Abstimmung: 3 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Stimmenthaltung
(3 anwesende Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses)

zu 4.

Genehmigung der Niederschrift zur 2. gemeinsamen Tagung des Haupt-, Technischen-, Sozial- und Rechnungsprüfungsausschusses am 10. November 2016 (öffentlicher Teil)

Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses stimmen der Niederschrift zur gemeinsamen Tagung des Hauptausschusses, des Technischen Ausschusses, des Sozialausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.11.2016 zu.

Abstimmung: 2 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 1 Stimmenthaltung
(3 anwesende Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses)

zu 5. Informationen zum Jahresabschluss 2016

Frau Biereigel informiert über vorläufiges Ergebnis 2016. Das Ergebnis ist besser als geplant. Im Verwaltungshaushalt konnte das positive Ergebnis durch 60% Mehreinnahmen und 40% Minderausgaben erreicht werden. Die Steuereinnahmen lagen 17,4% über dem Planansatz, die Gebühreneinnahmen in den Bereichen Abwasser, Friedhof und Schulsport lagen ebenfalls über den geplanten Ansätzen.

Der Überschuss im Verwaltungshaushalt, in Höhe von 1.970.221,37 €, wurde dem Vermögenshaushalt zugeführt, dadurch konnten alle geplanten investiven Maßnahmen durchgeführt werden. Die geplante Entnahme aus der allgemeinen Rücklage konnte somit entfallen.

Frau Schulze fragte, welche Folgen ein Wegfall von einzelnen Gewerbesteuereinnahmen hätte und bezieht sich zum Beispiel auf derzeit bestehende Stundungen.

Frau Biereigel erklärt, dass die Gewerbesteuer sehr breit aufgestellt ist, es gäbe viele mittelständische Firmen.

Frau Schulze fragte, ob es Einnahmen aus den städtischen Waldgebieten gäbe und ob in Zukunft höhere Erlöse zum Beispiel aus Holzverkauf erzielt werden könnten.

Frau Biereigel weist auf das positive Ergebnis der Haushaltsstelle Holzverkäufe hin. Sie schätzt ein, dass die Einnahmen einer gewissen Schwankung unterliegen jedoch für die nächsten Jahre etwa in gleicher Höhe zu erwarten seien.

Herr Köhler sagte, die Aufforstungen in den 90er Jahren hätten auch schon zu Einsparungen in anderen Bereichen beigetragen. Er führte an, dass es seitdem in Bereichen der Aufforstung weniger Straßenüberschwemmungen gab, wodurch Feuerwehreinsätze verringert werden konnten und die Sauberkeit der Bäche und Flüsse durch weniger Schlamm eintrag gestiegen sei.

Frau Schulze erkundigte sich welche Flächen noch aufgeforstet werden könnten.

Herr Schrade antwortete, dass im Bauamt ein Konzept erarbeitet und die Erstellung bzw. Änderung von Flächennutzungsplänen (z.B. „An der Leedenmühle“) umgesetzt würde, um eine weitere Aufforstung voranzutreiben.

Frau Schulze sagte, durch die hohen Haushaltsausgabereise wären Gelder bis zu 2 Jahren gebunden, könne dies verringert werden.

Herr Schrade gab zu bedenken, dass Baumaßnahmen aus verschiedensten Gründen nicht oder nur teilweise im Jahr in dem sie geplant sind durchgeführt werden könnten.

Frau Schulze fragte, ob mehr Flexibilität durch ein Umschichten dieser Mittel erreicht werden könne.

Frau Biereigel antwortet, wenn die Gelder nicht gebunden bleiben besteht die Gefahr das Maßnahmen gar nicht mehr durchgeführt werden könnten, weil Mittel verbraucht wären.

Frau Biereigel informierte über den Stand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2016 in Höhe von 5,1 Millionen € und das nur noch 2 Kredite beständen, welche bis zum Laufzeitende kontinuierlich abgezahlt würden.

Aus der Sonderrücklage erfolgte 2016 eine Entnahme für die Pumpen der Bahnüberführung.

Im Bereich des Abwassers wäre eine zeitliche Steuerung nicht möglich.

Herr Schrade merkt an, dass ein gewisser Instandhaltungsstau in den letzten Jahren entstanden sei und dieser aufzuholen wäre. Als Beispiel nannte er die Entsandung der Rohrsysteme im Bereich Abwasser.

Frau Biereigel sagte, Maßnahmen mussten in den vergangenen Jahren auf Grund der zur Verfügung stehenden Mittel gestreckt werden.

Frau Lukasch merkte eine ungenügende Reinigung der Schnittgerinne und Einläufe an.

Frau Landgraf fragte, ob es bereits Strafzinsen von Banken gäbe.

Frau Biereigel verneinte dies, sie sagte die Zinsen wären im positiven Bereich.

Frau Lukasch fragte nach, ob es von Kreditinstituten Forderungen bezüglich der Auflösung bestehender Anlagen bzw. Kredite gäbe.

Auch dies verneinte Frau Biereigel.

Frau Schulze bittet um eine Darstellung der Finanzierung des „Sportkomplexes Sommeritzer Straße“ in der Stadtratssitzung am 22.06.2017. Des weiteren wünscht Frau Schulze, dass von der Kämmerei eine Aufstellung der Gesamtfinanzierung dieser Maßnahme bis zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses erstellt wird.

Frau Biereigel informiert über neues Sportfördergesetz, wenn dies in Kraft tritt würden noch mehr Mittel für die Sportförderung benötigt.

Frau Schulze bedankt sich bei der Kämmerei für die Erstellung des Jahresabschlusses 2016.

zu 6.

Fragen der Bürger

Frau Landgraf erkundigte sich nach dem Stand der Gebietsreform.

Herr Schrade antwortete, die vorbereitenden Sondierungen liefen zur Zeit.

zu 7.

Sonstiges

Frau Schulze erkundigte sich nach der neu zu schaffenden Stelle im Hauptamt.

Herr Schrade informierte, das die Stelle mit einer vorläufigen Befristung bis Ende 2018 für Aufgaben im Zuge der Gebietsreform, sowie der Erstellung eines Verwaltungs- und Personalkonzepts nötig sei.

Frau Schulze sprach das neue Kita-Programm an und fragte ob dies auf der Plattform des Ratsinformationssystems abbildbar sei.

Herr Schrade antwortete, es sei momentan nicht vorgesehen. Auch sieht er datenschutzrechtliche Bedenken.

Frau Schulze beendet den öffentlichen Teil der 1. Tagung des Rechnungsprüfungsausschusses um 9:25 Uhr.

Um 9:25 Uhr verlassen Frau Landgraf und Herr Köhler den Raum
--

.....
Schulze
Vorsitzende
des Rechnungsprüfungsausschusses

Schriftführerin:.....
(Sylvia Krause)

Im Anschluss wird mit dem nicht öffentlichen Teil fortgeführt.